

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Hermann Bachmaier MdB zur Notwendigkeit, die militärische Nutzung der Kernenergie zu verhindern: Das deutsch-brasilianische Nuklear-Abkommen kündigen.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zum Staatsbesuch des indischen Präsidenten Ramaswami Venkataraman: Die deutsch-indischen Beziehungen haben Zukunft.

Seite 3

Dokumentation

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, hielt vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland einen Vortrag zum Thema „Die beiden deutschen Staaten in einem sich wandelnden Europa“. Wir dokumentieren daraus einen Auszug auf

Seite 5

44. Jahrgang / 184

25. September 1989

Das deutsch-brasilianische Nuklear-Abkommen kündigen

Zur Notwendigkeit, die militärische Nutzung der Kernenergie zu verhindern

Von Hermann Bachmaier MdB
Vorsitzender des Atomskandal-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der 18. November 1989 ist ein Datum, das für die Glaubwürdigkeit der Exportpolitik der Bundesregierung von großer Aussagekraft ist. An diesem Tag läuft nämlich die Kündigungsfrist für das deutsch-brasilianische Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 27. Juni 1975 ab. Bleibt die Bundesregierung untätig, verlängert sich dieser Vertrag automatisch um weitere fünf Jahre, und die Bundesregierung ist auch weiterhin zur Förderung der nuklearen Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen in beiden Staaten verpflichtet. Dem Atomskandal-Untersuchungsausschuß liegen aber Unterlagen vor, aus denen sich ergibt, daß diese Zusammenarbeit in Brasilien zu unfriedlichen Zwecken genutzt wird.

Das deutsch-brasilianische Nuklearabkommen wurde im Jahre 1975 von der sozialliberalen Bundesregierung abgeschlossen. Trotz erheblicher Kritik aus den Reihen der Sozialdemokraten verzichtete man damals darauf, das Zustandekommen der Vereinbarung davon abhängig zu machen, daß Brasilien den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnete. Die Befürworter des Vertragsschlusses hofften damals, durch gezielte Unterstützung und durch anlagenbezogene Überwachung könne Brasilien in die internationale Kontrolle einbezogen und von autonomen Nuklearaktivitäten abgehalten werden. Dies hat sich als Trugschluß erwiesen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
zur
Recycling-Papier



Seit 1983 liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Brasilien neben dem mit deutscher Hilfe aufgebauten Atomsektor ein international nicht überwachtetes Parallelprogramm betreibt, das inzwischen den gesamten Brennstoffkreislauf umfaßt und problemlos zur Herstellung von Atombomben genutzt werden kann. Das Parallelprogramm ist nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes eindeutig auf militärische Zielsetzungen ausgerichtet. In den zurückliegenden Jahren sind in der Bundesrepublik geschulte brasilianische Atomtechniker in erheblicher Zahl in den militärischen Bereich abgewandert. Die kerntechnische Ausbildung dieser Wissenschaftler umfaßte sensitive Bereiche wie die Urananreicherung und die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen - mit-hin für den Bombenbau nutzbares Wissen.

Und schließlich hat Brasilien im September 1988 im Rahmen einer Neuorganisation sein ziviles Atomprogramm mit dem autonomen Programm verschmolzen. In den Akten der Bundesministerien finden sich erregte Reaktionen auf diesen für die deutsche Seite überraschenden Schritt der brasilianischen Regierung. Dramatisch klingen die Sorgen, von deutschen Firmen gelieferte Nuklearwaren könnten der internationalen Kontrolle entzogen werden. In den Ministerien wird die Frage gestellt, ob künftig überhaupt noch Exportgenehmigungen für Kernenergiegüter nach Brasilien erteilt werden können. Doch was geschieht? Kommissionen werden beauftragt und Arbeitsgruppen eingerichtet mit dem Ziel, eine „Sprachregelung“ zu finden, die den Schein einer Trennung zwischen friedlicher und unfriedlicher Verwendung der Kernenergie aufrechterhalten läßt.

Eine solche Unterscheidung ist - die SPD weist seit Jahren darauf hin - nicht möglich. Auch die sogenannte zivile Nutzung birgt das Risiko eines Mißbrauchs in sich. Das brasilianische Beispiel belegt dies - gerade in bezug auf den know-how-Transfer - ganz deutlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat aus dieser Erkenntnis Konsequenzen gezogen und in ihrem Antrag zur Rüstungsexportkontrolle verlangt, Lieferungen von Nuklearwaffen und -technologien in solche Staaten zu unterbinden, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Die Bundesrepublik muß den Verdacht ausräumen, sie nehme aus wirtschaftlichen Interessen die Weiterverbreitung von Atomwaffen in Kauf. Im Falle Brasiliens kann hier ein Zeichen gesetzt werden. Aber die Zeit drängt. Das deutsch-brasilianische Nuklearabkommen muß fristgerecht gekündigt werden.

(-/25.9.1989/rs/ks)

* * *

Die deutsch-indischen Beziehungen haben Zukunft

Eine Nachbetrachtung zum Staatsbesuch des indischen Präsidenten Ramaswami Venkataraman

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Der Besuch des indischen Staatspräsidenten Ramaswami Venkataraman in der Bundesrepublik Deutschland war der erste Staatsbesuch eines indischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Besuch, ein Jahr nach dem Besuch des indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi in Bonn bestätigt und unterstreicht in bewußter Deutlichkeit von indischer Seite, welchen hohen Stellenwert Indien seinen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gibt. Die Bundesrepublik Deutschland sollte dies im politischen und im wirtschaftlichen Bereich sehr genau registrieren. Hier wird von indischer Seite ein eindeutiges Zeichen gesetzt. In dieser Deutlichkeit wohl erstmals in den Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland.

Indien ist nicht nur - das war es auch schon in der Vergangenheit - das große Land in Asien, mit dem die intensivsten und meisten kulturellen und kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen bestehen, sondern es ist seit über 30 Jahren das Land Asiens, vielleicht mit Ausnahme Japans, mit dem in ausenpolitischen Fragen ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht, und Indien ist heute ein Wirtschaftspartner, dem wir Deutsche größte Aufmerksamkeit schenken müssen. Dabei wäre es kurz-sichtig von (bisher) „Zuviel China, zuwenig Indien“ oder jetzt und für die Zukunft auf Grund der jüngsten Ereignisse in China von „Mehr Indien und weniger China“ zu sprechen. Hier eine Wechselbeziehung herzustellen oder auch nur den Anschein des jeweiligen Wechsels nach Wohlverhalten dieser Länder zu erwecken, wäre auch wirtschaftspolitisch falsch.

Auch würden sich beide Länder wohl kaum gegeneinander ausspielen lassen. Deshalb sind auch Wertungen wie jene, man habe zulange politisch und wirtschaftlich aufs falsche (chinesische) Pferd gesetzt, zu kurz gegriffen, einerseits weil die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft die Volksrepublik China politisch und wirtschaftlich nicht ins Abseits stellen kann und wird, andererseits weil auch Indien keine Rolle mitmachen würde, die in irgendeiner Form abhängig wäre oder in einen Zusammenhang gebracht würde von beziehungsweise zu unserem Verhältnis zur Volksrepublik China.

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Indien sind eigenständig und sehr spezifischer, sie haben ihr eigenes tradiertes Gewicht und auch nur mit diesem Verständnis Zukunft.

Sie sollten nicht durch die jeweiligen Beziehungen zu anderen asiatischen Staaten beeinflussbar sein.

Es ist unbestreitbar, daß Indien für die Bundesrepublik wirtschaftspolitisch vermehrt ins Blickfeld gerückt ist, genauso wie für Indien die Bundesrepublik einen neuen, fast schon zentralen wirtschaftspolitischen Stellenwert bekommen hat. Das ist insgesamt gesehen - einmal von früheren Großprojekten der Entwicklungshilfe abgesehen - neu, Indien öffnet seine wirtschaftlichen Grenzen immer mehr, die eingeschlagene Liberalisierung setzt sich fort, neue Marktstrategien werden erprobt und Indien beteiligt sich in neuer Form an internationalen Messen. Ich weise auf die starke Beteiligung Indiens bei der Cebit in Düsseldorf hin.

Indien hat große Fortschritte in der Landwirtschaft gemacht und kann deshalb auch schwierige Dürreperioden mit eigenen Kräften überstehen. Indien hat aber auch große Fortschritte in der Industrieproduktion gemacht, ja in der Industrie macht sich so etwas wie eine Entwicklungseuphorie breit.

44. Jahrgang / 184 / 25. September 1989

Investitionen und Handelsbilanzen entwickeln sich kontinuierlich und gut. Die Bundesrepublik, Japan und die USA befinden sich hier in vergleichbaren Positionen. Das ist bei einem Land mit der geopolitischen und geographischen Lage Indiens normal. Die Behauptung in deutschen Medien, es fehle den zahlreichen hoch- und höchstrangigen deutschen-indischen Beziehungen und Begegnungen das kontinuierliche wirtschaftliche follow up, verfälscht die Realität.

Es verwundert allerdings nicht, wenn auch aus Kreisen in der Bundesrepublik deutliche Kritik und Befremden erkennbar wird, wenn es um hochfliegende indische Raketen- und Atomwaffenpläne geht. Ernsthafte Gefährdungen Indiens aus Pakistan, aus Bangladesch, Nepal oder Sri Lanka sind nicht zu erwarten, weil nicht möglich. Entsprechendes gilt für die Volksrepublik China.

Ein erhebliches, ja bald existentiell werdendes Defizit hat Indien im Bereich des Umweltschutzes zu verzeichnen. Hier steht Indien am Anfang, und ich sehe im Moment zuwenig Anzeichen, daß die indische Zentralregierung massiv und energisch genug die Umweltzerstörung und Umweltbelastung, die in Indien existenzbedrohende Dimensionen erreicht hat, bekämpft.

Indien ist nach wie vor auch ein Armutsland und mindestens 300 Millionen Menschen sind davon unmittelbar betroffen. Hier bedarf es sicher neuer und grundsätzlicherer Anstrengungen der indischen Regierung selbst und in der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß der indische Staatspräsident den etwas eingeschlafenen Nord-Süd-Dialog, die Verschuldung der Dritten Welt bei seinem Besuch angesprochen hat.

Kritik aus konservativen Kreisen ist aufgekommen, weil Venkataraman die neu aufgekommene deutsche Frage und das Verhältnis der beiden deutschen Staaten und die aktuellen Übersiedler- und Fluchtbewegungen aus der DDR nicht angesprochen habe. Ich halte es für richtig, daß Indien sich in diese Fragen - gerade in der jetzt aufgekommenen neuen Diskussion der „deutschen Frage“ - nicht einmischte. Dies entspricht dem Verhalten eines blockfreien, im Ost- und West-Verhältnis neutralen Landes. Es ist ausreichend, und ich begrüße es, daß in den indischen Medien darüber ausführlich berichtet wird.

Diese Kritik zeigt allerdings auch, daß mehr konservative Kreise in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor Indien mit immer noch zu großer Zurückhaltung begegnen, weil sie das politische Selbstverständnis Indiens nicht begriffen haben.

Falsche Erwartungen zu nationalen deutschen Kreisen mit wenig ausgeprägtem Verständnis für das politische Fühlen und Denken anderer großer Nationen wie Indien dürfen das gute Verhältnis zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland nicht belasten. Denn Indien hat sich längst darauf eingestellt, daß die Bundesrepublik in Europa und insbesondere auch im Hinblick auf die EG ihr wichtigstes Partnerland ist. Darauf sollten wir Deutsche uns einstellen. Daß Indien als zentrales und großes Land Asiens auch intensiven Austausch mit Japan und den USA pflegt und auch in Zukunft pflegen wird, sollte uns nicht beruhigen. Das schließt nicht aus, daß der Studentenstrom auch wieder mehr in die Bundesrepublik geleitet werden sollte. Hier sind zugunsten der USA zu große Veränderungen festzustellen.

Alles in allem, das deutsch-indische Verhältnis ist eines mit Zukunft.

(-/25.9.1989/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Der Wandel wird zum bestimmenden Element der Gestaltung Europas werden

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, hielt am 20. September vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland einen Vortrag zum Thema „Die beiden deutschen Staaten in einem sich wandelnden Europa“. Wir dokumentieren daraus einen Auszug.

Die Frage, ob nun ein Wandel der DDR durch Annäherung oder durch Abgrenzung erreicht werden kann, ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen müßig. Dieser Tage machte die „Neue Zürcher Zeitung“ mit der Schlagzeile auf: „Die deutsche Frage im Wandel durch Abwanderung“.

Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß zunächst der Emanzipationsprozeß in der DDR gefördert wird, um denjenigen Kräften Einfluß zu verschaffen, die einen effektiven Beitrag zur Demokratisierung leisten wollen, um eine weitere Selbstisolierung zu verhindern. Wie sich dann die Frage der Einheit, Wiedervereinigung stellt und wie sie dann gelöst wird, hängt in entscheidendem Maße von den sozialdemokratischen und sozialen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik ab, die ihre Anziehungskraft ausüben.

Verschiedene Modelle sind da denkbar: eine Föderation, eine Konföderation oder auch eine weiterbestehende Zweistaatlichkeit, wenn sie denn die Grund- und Menschenrechte und damit die freiheitliche Gestaltung für beide Staaten in Deutschland sicherstellt. Wenn man das Selbstbestimmungsrecht fordert, dann muß man auch damit rechnen, daß sich die Menschen in der DDR für das Fortbestehen eines zweiten deutschen Staates in freier Wahl ebenso aussprechen können wie für eine staatliche Einheit beider Teilstaaten.

Aber in einem Europa der offenen Grenzen, in dem es keine Reisebeschränkungen gibt, in dem Meinungs- und Gewissensfreiheit selbstverständlich sind, in dem es eine Vielzahl von politischen Meinungen gibt, in dem es funktionierende Parlamente gibt, werden Fragen der staatlichen Einheit nicht mehr die zentrale Rolle spielen.

Sie alle kennen die unterschiedlichen Überlegungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten zur Lösung der deutschen Frage angestellt wurden. Nicht zuletzt das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ hat in diesem Bereich in der Vergangenheit wertvolle Dienste geleistet.

Aber alle denkbaren Lösungsmöglichkeiten dürfen sich einer Grundeinsicht nicht verschließen, die aus der leidvollen Erfahrung europäischer Geschichte gewonnen wurde: mit der Verweigerung von Grundrechten läßt sich kein Staat machen - und dies in des Wortes doppelter Bedeutung.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland bei allen vertraglichen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, immer die deutschlandpolitische Dimension mitberücksichtigt. Das Parlament hat stets mit großer Sorgfalt darauf geachtet, daß die Regierungen, wer immer sie stellten, ihre grundgesetzliche Verpflichtung nicht aus tagespolitischer Opportunität vernachlässigten.

Ich habe nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages im Februar 1974 ein Einladungsschreiben an die DDR-Volkskammer geschickt, um den Anspruch des Parlaments zu unterstreichen. Auch nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages kam es uns Parlamentariern darauf an, die schrittweise Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland von zentraler Stelle aus zu begleiten. Und das Zentrum des politischen Lebens in unserem Lande ist das Parlament, der Deutsche Bundestag.

Damals geschah dies 22 Jahre nach der letzten Kontaktaufnahme der DDR-Volkskammer, die dem damaligen Bundestagspräsidenten im Jahre 1952 eine Note überreichte. Zwischen 1952 und meiner Initiative im Jahre 1974 lag das, was man heute als „Eiszeit“ im deutsch-deutschen Verhältnis bezeichnet.

Die „Politik der kleinen Schritte“ und später die ostpolitische Neuorientierung der deutschen Politik während der sozialliberalen Koalition hat dann wesentlich dazu beigetragen, daß es zu einer schrittweisen, wenn auch langsamen Verbesserung der Beziehungen zwischen den Blöcken im Interesse des Friedens und der Menschen auf beiden Seiten gekommen ist.

Heute sehen wir deutlich, daß es zu dieser Friedenspolitik keine sinnvolle und überzeugende Alternative gibt. Auch die konservativ-liberale Regierung hat aus dieser Erkenntnis von Anfang an Nutzen gehabt.

+

Die anhaltende Fluchtbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik über Ungarn und Österreich hat dazu geführt, daß der Situation im anderen Teil Deutschlands auch international wieder eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ich begrüße dies, denn sachverständig können unsere ausländischen Freunde, die ja - zumindest was die Alliierten betrifft - auch eine Deutschland als Ganzes übernommene Verpflichtung haben, sich in diese wieder aufkommende Diskussion am besten einbringen, wenn man die Realitäten in beiden Staaten in Deutschland genau kennt.

Wir wissen, daß vor allem in den ausländischen Medien, aber auch bei zahlreichen Regierungen, auch solchen, zu denen wir sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalten, die Furcht vor einem aus der Bundesrepublik und der DDR vereinigten Deutschland groß ist.

Sie ist in Hitlers Überfall und dem Zweiten Weltkrieg begründet.

Die Gründe für solche Befürchtungen kennen wir also - und wir haben in den zurückliegenden vierzig Jahren hart daran gearbeitet, daß solche Befürchtungen heute politisch wie militärisch gegenstandslos sind. Das gilt auch und insbesondere für unsere östlichen Nachbarn, namentlich Polen, mit dem wir eine wirkliche Aussöhnung noch erst anfangen müssen.

Ich erinnere daran, daß der neue polnische Ministerpräsident Masowiecki in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Sejm, dem polnischen Parlament, auf das hervorragende deutsch-französische Beispiel als Modell verwiesen hat.

Der Wandel - so scheint mir - wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein bestimmendes Element der politischen Gestaltung Europas sein.

Heute zeigt sich, daß die nach dem Zweiten Weltkrieg gelegten Strukturen der europäischen Einigung ihre politische Wirkung zeigen. Westeuropa ist nicht nur einer der wirtschaftlich gut dastehenden Teile der Welt, was seine Attraktivität natürlich auch für die nicht zur Gemeinschaft gehörenden Staaten ausmacht.

Westeuropa ist aber auch nur ein Teil Europas - und Teilungen von Ländern, Völkern und Kontinenten haben sich in der Geschichte noch nie als dauerhaft und haltbar erwiesen, wenn sie nicht auf dem freien Willen der Menschen beruhen. Wir werden die Teilung unseres Landes umso schneller überwinden, je eher es uns gelingt, die westeuropäische Einigung voranzubringen, die sich dann natürlich ihrer gesamteuropäischen Dimension unter veränderten politischen Bedingungen öffnen muß.

Bis dahin wird es noch ein langer und manchmal auch dornenreicher Weg sein, denn die Einsicht in die Notwendigkeit von grundlegenden Veränderungen wird nicht - wie wir heute schon sehen - überall gleichzeitig und gleich schnell kommen.

Aber es ist meine feste Überzeugung, daß sich dieser Wandel positiv auf alle Lebensbereiche auswirken wird. Wir haben dafür bereits heute ermutigende Zeichen auf unterschiedlichen Ebenen. Staaten, Regierungen, ja auch Ideologien öffnen sich, langsam, aber doch stetig.

Ermutigend ist vor allem aber, daß trotz einer nunmehr vier Jahrzehnte langen totalitären Ideologie im östlichen Teil unseres Vaterlandes und in den Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ die Idee der Freiheit und der Demokratie verstärkt von der dort lebenden Jugend artikuliert wird.

Wandel und Offenheit sind keine Erfindungen von Gorbatschow - es sind Bedingungen einer sich ständig reformierenden demokratischen Gesellschaft, die wir schon vierzig Jahre lang den Vorzug hatten zu genießen.

Wir bauen längst an einem gemeinsamen Haus mit Namen Europa.

Wenn wir es auf allen Seiten ernst damit meinen, dann braucht kein Staat mehr Pufferstaat zu sein.

Manchmal hatte man den Eindruck, wir hätten uns schon zu bequem in unserer bundesrepublikanischen Staatlichkeit eingerichtet.

Wir sind wieder erinnert worden, daß unsere nationale Frage vor allem eine Frage nach der Zukunft Deutschlands in einem vereinten Europa ist, das keine Mauer, keinen Stacheldraht und keine Minenfelder kennen darf.

(-/25.9.1989/rs/ks)

* * *